

klar machen, dass es jetzt mehr wie je gilt, alle anderen Wünsche dem Gedanken der inneren Einigkeit und der Aufrechterhaltung unserer militärischen Stärke unterzuordnen. Diese aber ist mit dem Kaisertum untrennbar verbunden. Darum muss die deutsche Antwort auf Wilsons Anbiederung lauten: Fest steht das deutsche Volk zu Kaiser und Reich.

— Ueber den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten veröffentlicht Geh. Justizrat Prof. Dr. Mittermaier-Giessen in der neuen Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung“ einen bemerkenswerten Artikel, bemerkenswert besonders deshalb, weil er zeigt, wie die Ueberzeugung von der verhängnisvollen Bedeutung der Geschlechtskrankheiten für die Zukunft des Volkes und von der Notwendigkeit einer rücksichtslosen, mit durchgreifenden Gesetzesmitteln zu führenden Bekämpfung in weiten Kreisen Fuss gefasst hat. Mittermaier wünscht alle für den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zusammenzufassen. Er verlangt die Unterdrückung der Kurpfuscherei, den Ausbau der Beratungsstellen, deren rückhaltlose Anerkennung durch die Aerzte er erhofft, Untersuchung wenigstens der männlichen Ehe-kandidaten, Meldepflicht, Behandlungszwang und, im Notfall, Absonderung im Krankenhaus. Daneben selbstverständlich Massregeln gegen die Prostitution, Ueberwachen der Säuglinge, Ammen und Pflegekinder, Freigabe der Schutzmittel gegen Ansteckung und Strafandrohungen gegen Gefährdung durch Geschlechtskranke. Die ärztliche Verschwiegenheit sucht M. nach Möglichkeit zu wahren; sie kann aber keine absolute sein; in den von den Aerzten gegen die Einschränkung der ärztlichen Verschwiegenheitslehre geltend gemachten Einwendungen findet er selten neue Gesichtspunkte und immer nur eine gewisse Aengstlichkeit und Scheu gegenüber den Kranken, einen eigentümlichen Mangel an Selbstvertrauen und auch wenig Verständnis für die grossen Aufgaben der Gesamtheit, wie für die juristische Seite der Frage. Hemmungen erblickt M. in der vorsichtigen Richtung, die jetzt bei den massgebenden Stellen vorherrsche. Gegen sie sei entschieden Front zu machen; immer mehr dringe doch die Erkenntnis von der Grösse der Gefahr und der überwiegenden Bedeutung der Gemeininteressen durch.

— Die ord. Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen, die in der vergangenen Woche in München stattfand, behandelte vorwiegend Fragen der Bevölkerungspolitik und der Gesundheitspflege. U. a. sprach Geheimrat v. Gruber über allgemeine Fragen der Bevölkerungspolitik, wobei er seine Gedanken über Bekämpfung des Geburtenrückganges durch Besserstellung kinderreicher Familien auf Kosten der Ledigen und Kinderlosen entwickelte. Geheimrat May berichtete über die Bekämpfung der Tuberkulose, Dr. Maria Baum über Mutter- und Säuglingsfürsorge. Volksbürovorsteher Dieck-M.-Gladbach sprach über die Mitwirkung der Krankenkassen bei der Bevölkerungspolitik und über die Ueberleitung der Kriegswochenhilfe in die Friedenszeit. Auf seinen Antrag nahm die Versammlung einstimmig nachstehende Entschliessung an: „Die Hauptversammlung des Gesamtverbandes Deutscher Krankenkassen erklärt es als ihre nationale Pflicht, alle Bestrebungen zu fördern, die auf Kräftigung des deutschen Volkes und seines Nachwuchses, insbesondere Hebung und Festigung der wirtschaftlichen und sozialen Lage kinderreicher Familien abzielen. Sie empfiehlt den Krankenkassen Ausbau der Familienhilfe durch Gewährung von Krankenpflege, Wochenhilfe, Sterbegeld an nicht versicherte Familienangehörige; Beteiligung an Wohlfahrtseinrichtungen für kinderreiche Familien, womöglich Schaffung solcher Einrichtungen gemeinsam mit Gemeinden, Kreisen und gemeinnützigen Vereinen. Hierzu ist notwendig durchgehende Schaffung von Säuglingspflegerinnen, Tuberkulose- und Trinkerfürsorgestellen, Beratungsstellen für Geschlechtskranke in jedem Bezirk und Errichtung einer hauptamtlichen Gesundheitspflegestelle; Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues unter Voranstellung des ländlichen Einzelhauses und Bevorzugung kinderreicher Familien. Die Hauptversammlung sieht im Ausbau der gesetzlichen Zwangsversicherung das beste Mittel für die nationale Bevölkerungspolitik. Sie hält für notwendig die Gewährung von Kinderrenten vom dritten Kinde an für jedes nicht erwerbstätige Kind als Ergänzung der für die Versicherung in Betracht kommenden Bevölkerungskreise, Gewährung der jetzigen Kriegswochenhilfe für alle minderbemittelten Wöchnerinnen. Die erforderlichen Mittel sollen aufgebracht werden zu je einem Drittel durch das Reich, durch den Staat oder die Provinzen, durch die Beteiligten.“ Schliesslich sprach Redakteur Lewin-Berlin über die Mitwirkung der Krankenkassen bei der Kriegsursorge und die Kinderfürsorge des Roten Kreuzes.

— Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 22. März 1917 sich mit Beschlüssen und Vorschriften zum Impfgesetz vom 8. April 1874 einverstanden erklärt, die an die Stelle der Beschlüsse vom 28. Juni 1899 und der durch diese Beschlüsse genehmigten Bestimmungen und Vordrucke treten. Die Beschlüsse sind im Min.Bl. f. Med. Ang. Nr. 33 u. ff. veröffentlicht.

— Bei der Neuregelung des Gasverbrauchs in Berlin, die eine Einschränkung um 10 v. H. des vorjährigen Verbrauchs vorseht, gelten für die Aerzte Ausnahmestimmungen. Unter Umständen kann, bei auffallendem Mehrverbrauch, eine Ueberprüfung durch die Aerztekammer vorgenommen werden.

— Am 7. Juli hat in Wien die gründende Versammlung der ärztlichen Abteilung der Oesterreichischen waffen-

brüderlichen Vereinigung stattgefunden. Den Vorsitz führte Hofrat v. Hochenegg, als Redner traten auf Geheimrat v. Plener, Prof. Tandler, Prof. Finger und Dr. Gruss. Prof. v. Hochenegg wurde zum Präsidenten gewählt.

— Die ärztlichen Abteilungen der Waffenbrüderlichen Vereinigung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands beabsichtigen unter Beteiligung der Heeresverwaltung vom 11.—13. Oktober d. Js. in Baden bei Wien eine gemeinsame Tagung abzuhalten, in der die Aufgaben und Ziele und die gemeinsame Arbeit der Abteilungen besprochen werden soll. Insbesondere wird die Nachbehandlung verwundeter und kranker Krieger in Kurorten, Bädern und Heilanstalten zum Gegenstand der Aussprache gemacht werden. Nähere Auskunft erteilt das Bureau der ärztlichen Abteilung der Waffenbrüderlichen Vereinigung, Berlin-Wittenau.

— Das Sanatorium am Hausstein für Lungenkranke aus dem Mittelstande in Bayern erstattet seinen 7. Jahresbericht über die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1915. Der Besuch der Anstalt war im Berichtsjahr ein sehr guter, meist war die Anstalt vollbesetzt. Die Zahl der Verpflegstage stieg von 26 128 des Vorjahres auf 29 619 im Berichtsjahr. Die ärztliche Leitung liegt in den Händen des Dr. Otto Niedermayer.

— Die Verlagsfirmen J. F. Bergmann und C. W. Kreidels Verlag werden nach dem Tode des Herrn Dr. Fritz Bergmann von dessen Witwe, Frau Rosa Bergmann, gemeinsam mit Verlagsbuchhändler W. Gecks, der den beiden Firmen schon längere Jahre als Teilhaber angehörte, weitergeführt.

— Eine Textausgabe der Aerztlichen Gebührenordnung für das Königreich Bayern ist in 3. verbesserter Auflage in J. F. Lehmanns Verlag in München erschienen. Preis 80 Pfg.

— In der 33. Jahreswoche, vom 12.—18. August 1917, hatten von deutschen Städten über 40 000 Einwohner die grösste Sterblichkeit Worms mit 62,2 (nächst Worms Braunschweig mit 38,8), die geringste Düsseldorf mit 9,3 Todesfällen pro Jahr und 1000 Einwohner. Mehr als ein Zehntel aller Gestorbenen starb an Diphtherie und Krupp in Berlin-Pankow. Auffallend ist die andauernd ausserordentlich hohe Sterblichkeit der Stadt Worms, die mit Jahresbeginn fast unausgesetzt die höchsten Sterblichkeitsziffern aufweist, darunter so unerhört hohe Zahlen wie 80,9 und 91,3. Ursache sind Tuberkulose und andere Erkrankungen der Atmungsorgane.

Hochschulnachrichten.

Bonn. Preisaufgabe der medizinischen Fakultät für 1917/18: „Es soll die Vergrösserung des blinden Flecks im Gesichtsfeld bei den Augenerkrankungen geprüft und ihre Bedeutung für die Diagnose und Therapie gewürdigt werden.“ (hk.)

Münster i. W. An dem von den Dozenten der Medizinisch-propädeutischen Abteilung während der Monate August und September d. J. abgehaltenen Ferienkursus nehmen 94 im Heeres- und Sanitätsdienst befindliche Studierende der Medizin teil.

Todesfall.

Zum Tode des Wiener Dermatologen Prof. Weidenfeld wird uns noch geschrieben: Die Wiener Dermatologenschule hat einen schweren Verlust erlitten; der Verstorbene war als Mensch, als Arzt und Forscher hoch geschätzt. Seiner Ausbildung als Schüler Brückes und Exners gemäss bewegten sich seine Arbeiten meist auf physiologischem Gebiete. Seine experimentellen und klinischen Forschungen über die Physiologie der Blasenbildung, über die Regenerations- und Heilungsvorgänge bei Epidermisdefekten, besonders aber über die Allgemeinflügel der Verbrennung, endlich seine Studien über Pemphigus, die ihn jahrelang intensiv beschäftigten, enthalten ungemein viele neue und fruchtbare Gedanken. Auch sonst hat er, einer der besten Diagnostiker, viele klinische Themen bearbeitet.

Ehrentafel.

Fürs Vaterland starben:

Oberarzt Eugen Luck, Zussdorf (Württbg.).
Oberarzt Gustav Sell, München.
Oberarzt Erich Teufel, Tübingen.

Briefkasten.

Herrn Fr. N. Diejenigen Kandidaten der Medizin mit 9 oder 8 Semestern, darunter mindestens 3 klinische Semester (die mit 8 Semestern nur dann, wenn ihnen der Kriegsdienst als 9. Semester angerechnet werden konnte) wurden ab 1. März 1917 auf die Dauer von 3 Monaten zur Vollendung des 10. Semesters und Ablegung der ärztlichen Prüfung beurlaubt. Der Beurlaubungsgrund ist an die Militärbehörde einzureichen.

Die Bezirksarztstellen in Speyer und Mindelheim sind erledigt. Bewerbungen sind bei der Kgl. Regierung, Kammer des Innern, des Wohnorts bis 15. September 1917 einzureichen.